

4. März 2022

Sudan: Gericht ordnet Teilabriss einer Kirche an

Seit dem jüngsten Militärputsch nimmt der Druck auf Christen wieder zu

(Open Doors, Kelkheim) – Ein Gericht im Sudan hat am 15. Februar den teilweisen Abriss einer Kirche in der Nähe der Hauptstadt Khartum angeordnet. Dies ist die jüngste Entwicklung in einem langjährigen Streit zwischen der Kirche und den Behörden, der 2013 begann. Der Entscheid ist ein weiterer Rückschlag für die Hoffnung auf mehr Religionsfreiheit im Sudan, die sich nach der Absetzung Omar al-Bashirs zunächst abgezeichnet hatte.



Gemeindeleiter bei einem Seminar über Verfolgung in Khartum (Symbolbild)

Kein Zugang mehr zum Kirchengebäude

Das fragliche Gebäude gehört zur Sudan Presbyterian Evangelical Church (SPEC) und steht in Khartum Bahri, einer Stadt nördlich der sudanesischen Hauptstadt Khartum. Der von dem örtlichen Gericht verfügte Teilabriss der Kirche hat nach Informationen von Christian Solidarity Worldwide (CSW) zur Folge, dass das Gebäude nicht mehr betreten werden kann. Die übrigen Eingänge wurden in den vergangenen Jahren aufgrund umstrittener Gerichtsbeschlüsse bereits verriegelt. Im Jahr 2013 hatte ein von der Regierung eingesetztes Komitee versucht, die Kontrolle über das Eigentum der Kirche zu übernehmen. Der frühere Präsident des Sudan, Omar al-Bashir, nutzte solche Ausschüsse, um die Verwaltung von Kirchen der staatlichen Macht unterzuordnen und über Gebäude und Grundstücke der Kirchen verfügen zu können.

Nach der Absetzung al-Bashirs und der Einsetzung einer Übergangsregierung im Jahr 2019 hatten die Christen gehofft, dass im Sudan eine Öffnung hin zu mehr Religionsfreiheit einsetzen würde. Trotz hoffnungsvoller Entscheidungen der Regierung (Open Doors berichtete [hier](#) und [hier](#)) kamen die

Veränderungen nur langsam voran. Wer versuchte, Ungerechtigkeiten zu beseitigen, musste mit heftigem Widerstand rechnen.

Mehrheitsbevölkerung sieht Christen kritisch

Im Juli letzten Jahres wurde ein christlicher Berater des sudanesischen Ministers für religiöse Angelegenheiten [angegriffen](#), weil er lautstark darauf hingewiesen hatte, dass die Regierung sich mit Problemen befassen müsse, die sich aus beschlagnahmtem Kirchengrundbesitz, vom Staat eingesetzten Kirchenausschüssen und der Kontrolle des Vermögens der Sudan Presbyterian Evangelical Church ergeben.

Der Militärputsch im Oktober letzten Jahres scheint nun alle Fortschritte zunichte gemacht zu haben; die Kirchen sehen sich erneut staatlichen Eingriffen ausgesetzt. Ende Dezember besetzten und beschlagnahmten Gruppen zwei Kirchen, die der SPEC in den Bundesstaaten Weißer Nil und Süd-Kordofan gehören. Gegen einen Kirchenleiter, der dagegen protestierte, wurde Strafanzeige erstattet.

Zu den größten Herausforderungen der circa zwei Millionen Christen im Sudan zählt ihre Wahrnehmung durch die Mehrheitsbevölkerung. Der Großteil der Sudanesen betrachtet den Islam als integralen Bestandteil der nationalen Identität. Islam und Scharia prägen das Denken der Menschen und haben dazu geführt, dass Christen seit Jahrzehnten systematisch verfolgt werden. Wenn sie über ihren Glauben sprechen, müssen sie befürchten, von extremistischen Gruppen angegriffen zu werden. Christliche Konvertiten und insbesondere ethnische afrikanische Christen sind davon besonders stark betroffen.

Auf dem [Weltverfolgungsindex 2022](#) belegt der [Sudan](#) den 13. Platz unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

Quellen: Christian Solidarity Worldwide, Open Doors